

Ausgabe 09

BDKJ.konkret

Das Magazin des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend.



WIR SCHALTEN UNS EIN!

Politische Bildung in Zeiten von Verschwörungsideologien





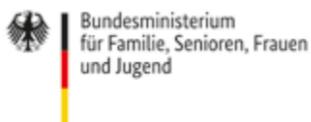
Impressum

HERAUSGEBER BDKJ-Bundesvorstand | **ANSCHRIFT** BDKJ-Bundesstelle e. V., Redaktion BDKJ.konkret, Carl-Mosterts-Platz 1, 40477 Düsseldorf, Tel.: 02 11 . 46 93-154, Mail: redaktion@bdkj.de, Internet: www.bdkj.de/konkret
REDAKTION Johanna Elsässer (verantwortlich), Yvonne Everhartz, Lisi Maier, Mareike Thieben | **TITELBILD** BDKJ-Bundesstelle
FOTOS/GRAFIKEN 03 Patrizia Ilk; 05 BDKJ-Bundesstelle/Mike Nonnenbroich; 06 privat; 09 Stephan Schiller; 10 Sarah Pastor, Tim Ernst, Katharina Schwier; 11 Noah Baum, Michael Schinkel, Barbara Bechtloff; 13 Meike Müller; 14 Servicebüro Jugendmigrationsdienste/apropos_foto; 15 BDKJ-Bundesstelle/Stefan Dengel; 16 Simone Seidenberg, Pixabay/chrisbeez; 17 Gordon Welters/laif/bpb; 18 Pixabay/Free-Photos; 19 Landesanstalt für Medien NRW; 20 BMFSFJ; 21 Christian Weis privat; 22/23 Isabelle Rautenberg
LAYOUT & PRODUKTION Jugendhaus Versicherungen GmbH – Bereich: Verlag Haus Altenberg, basierend auf dem Grundlayout von DIE.PROJEKTOREN, Berlin
DRUCK Druckerei Lokay e. K., www.lokay.de; gedruckt mit Farben auf Pflanzenölbasis auf 100 % Recyclingpapier, zertifiziert mit dem Blauen Engel.
AUSGABE 9 (2020) | **AUFLAGE** 1.000 Stück

Beiträge mit Namen oder Quellenangabe geben nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion wieder.



Gefördert vom:



Inhalt

| | |
|--|-----------------------------------|
| Genau unser Ding! Politische Bildung im BDKJ | 04 |
| „Nährboden für Verschwörungsideologien“ Interview mit Melanie Hermann von der Amadeu Antonio Stiftung | 06 |
| Skeptisch bleiben Tipps für den Umgang mit Verschwörungserzählungen | 09 |
| Lernerfahrungen Wie junge Menschen politische Bildung in der katholischen Jugendverbandsarbeit erleben | 10 |
| Einblicke in die Praxis Mit der Kolpingjugend eine Woche im Bundestag Politische Bildung in der DPSG EuropaAkademie der KSJ „Respekt Coaches“ in der Jugendsozialarbeit Soldat*innen-Seminare gegen Populismus | 11 12 13 14 15 |
| Eigene Vision von Heimat Schützenjugend lässt sich nicht instrumentalisieren | 16 |
| Drei Fragen an Thomas Krüger Statement des Präsidenten der Bundeszentrale für politische Bildung | 17 |
| Hate Speech strafrechtlich verfolgen Landesanstalt für Medien NRW will demokratischen Diskurs im Netz schützen | 18 |
| Herausforderungen für Demokratie und politische Bildung Demokratischen Diskurs im Netz schützen | 20 |
| Jungen Menschen auf der Spur Ein junger Lehrer berichtet, warum politische Bildungsarbeit innerhalb und außerhalb des Unterrichts wichtig ist | 22 |

Editorial

Liebe Leser*innen,

oft fällt mir nur ein Wort ein: irre. Die absurdesten Verschwörungserzählungen haben auch durch die Corona-Krise immer weitere Kreise gezogen. Das Lachen bleibt mir oft im Halse stecken. Wie können wir die Anhänger*innen solcher Ideologien erreichen und in die Gesellschaft einbeziehen? Dieses Heft richtet den Blick unter anderem auf den Beitrag der katholischen Jugendverbände: Hier wird politische Bildung und Partizipation von klein auf gefördert.

Ein Beispiel von vielen ist die Aktion „Zukunftszeit – Gemeinsam für ein buntes Land“, die zur Bundestagswahl 2021 neu aufgelegt wird. Auf Initiative des BDKJ und seiner Verbände engagieren sich junge Menschen bundesweit für eine offene Gesellschaft. Am Ende werden die geleisteten Stunden gezählt. Und es wird sicherlich wieder unglaublich vielfältig: Vor der Wahl 2017 gab es zum Beispiel Aktionen mit klassischem Podiums-Talk, aber auch am Lagerfeuer, bei Kicker-Turnieren, Stadtrallies oder Kochabenden.

Diese Ausgabe des BDKJ.konkret gibt einen Eindruck, wie groß die Palette der Angebote zur politischen Bildung im BDKJ (und anderswo!) ist. Und das ist auch irre. Irre gut.

Johanna Elsässer
Redaktion



Politische Bildung – genau unser Ding!

Der BDKJ macht politische Bildung – 365 Tage im Jahr. Als katholische Jugendverbände sind wir Teil der demokratischen Zivilgesellschaft und eröffnen jungen Menschen Räume zur Mitgestaltung unserer Gesellschaft. Wir wollen sie befähigen, ihre Meinung in politische Prozesse einzubringen und Stellung zu beziehen, sei es im Jugendhilfeausschuss, in der politischen Lobbyarbeit, bei Demos oder Kampagnen. Unsere Jugendgruppen sind, mit dem Politikwissenschaftler John Dewey gesprochen, „Gesellschaften im Kleinen“. In ihnen finden Interessensausgleich und politische Auseinandersetzung statt. Durch die demokratischen Strukturen unserer Verbände lernen Kinder und Jugendliche, was es konkret heißt, Positionen zu vertreten, Konflikte wahrzunehmen und gemeinsam Kompromisse zu erarbeiten.

DURCH DEMOKRATIE-ERLEBEN, DEMOKRATIE ERLERNEN!

Politische Bildung in der Jugendarbeit ist nicht auf die Vermittlung von Wissen über politische Strukturen, Entscheidungen oder Ereignisse beschränkt. Als Jugendverbände wollen wir vielmehr an der Lebenswelt und den Interessen der Kinder und Jugendlichen in unseren Gruppen anschließen und ihnen die Zusammenhänge zwischen der eigenen Lebenssituation, den Erfahrungen in der Gruppe und den gesellschaftlichen Bedingungen deutlich machen. Wir wollen erfahrbar machen, welche Möglichkeiten es gibt, sich selbst in das politische Geschehen einzumischen, als Gruppe oder Jugendverband oder

als Einzelne*r, beispielsweise durch das Engagement in der Kommunalpolitik.

Als Jugendverbände sind wir „Werkstätten der Demokratie“, so formuliert es der Deutsche Bundesjugendring (DBJR). Die demokratische Selbstorganisation in der Jugendverbandsarbeit schafft die Gelegenheit, Mitgestaltung und politische Strategien in der Demokratie durch das Erleben zu erlernen. Deshalb steht in den Jugendverbänden das Lernen von Fähigkeiten und Haltungen im Vordergrund: Kinder und Jugendliche lernen innerhalb der Gruppe ihre Interessen zu artikulieren und in der verbandlichen Zusammenarbeit sich mit Gleichgesinnten zusammenzutun. Sie lernen Konflikte zu meistern und Kompromisse zu finden, wie sie Macht als Leiter*in verantwortlich nutzen und diskussionsfähig bleiben. Eigene Projekte, Erfolge oder Misserfolge werden in der Gruppe miteinander erlebt und reflektiert.

In den katholischen Jugendverbänden werden junge Menschen früh bestärkt, echte Verantwortung zu übernehmen – sowohl für sich als auch für andere, individuell wie auch in Gruppen, in den Verband hinein sowie als Interessenvertretung nach außen. Erfahrungsorientiertes Lernen durch eigenständiges politisches Handeln findet bei der internationalen Jugendbegegnung mit dem Partner aus Israel, bei der Vorbereitung der Demonstration gegen Rassismus, der Aushandlung des Jahresprogramms in der Ortsgruppe, im Zeltlager, bei der Wahl des Vorstands und an zahlreichen anderen Orten statt.

Werden junge Menschen jedoch explizit befragt, ob in ihrem Jugendverband politische Bildung stattfindet, verneinen sie dieses noch immer zu häufig. Hier ist ein Bewusstseinswandel nötig, um das Erlernte noch stärker auf unterschiedliche gesellschaftliche Kontexte übertragen zu können. Dazu beitragen können die Entwicklung von Standards der Jugendverbände zu politischer Bildung sowie die Verankerung von politikdidaktischen Grundlagen in der Juleica-Ausbildung.

HOCHGELOBT UND DOCH HERAUSGEFORDERT

Politische Bildung ist zum einen so gefragt wie schon lange nicht und zugleich so gefährdet wie schon lange nicht mehr. Die Gemeinnützigkeit politisch engagierter Träger wird in Frage gestellt. Immer häufiger werden Jugendverbände fälschlicherweise dazu angehalten, in ihren Aktivitäten die angebliche „politische Neutralitätspflicht“ einzuhalten. Wir erleben den Aufstieg rechtspopulistischer

und rechtsextremistischer Parteien, die realitätsverzerrende Gleichbehandlung von sogenanntem Links- und Rechtsextremismus (Hufeisentheorie) sowie den dramatischen Anstieg rassistischer und diskriminierender Gewalt und von meist antisemitisch geprägten Verschwörungsideologien.

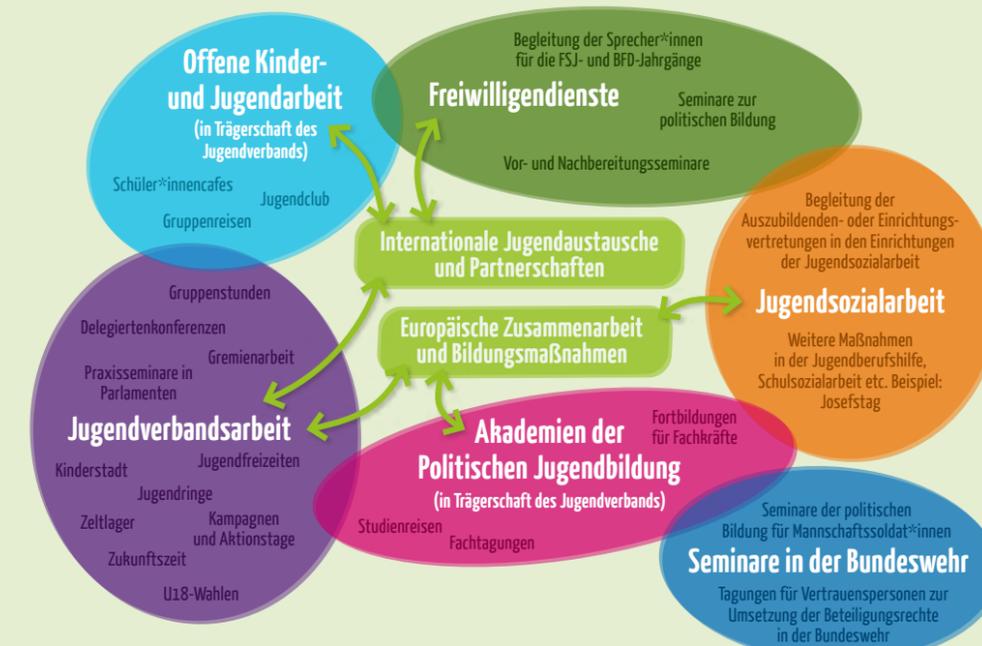
Als demokratischer Jugendverband ist es für uns selbstverständlich, uns für eine starke und unabhängige außerschulische politische Bildung einzusetzen, die zur Verantwortungsübernahme anstiftet. Dabei ist klar: Gute politische Bildung kann nicht staatlich vermittelt werden. Gute politische Bildung setzt auf partnerschaftliche Zusammenarbeit von staatlichen Strukturen und Zivilgesellschaft, die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips und die Wahrung der Pluralität von Trägern, Werten und Angeboten. Für eine solche gute politische Bildung braucht es gerade in und nach Krisenzeiten starke Jugendverbände und die brauchen für ihre Arbeit das nötige Kleingeld.



LISI MAIER ist BDKJ-Bundesvorsitzende. Politisch sozialisiert wurde sie als Jugendliche in der Kolpingjugend in ihrem Heimatdorf. Später jobbte sie während des Politikstudiums u.a. für die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), bevor sie Sozialkunde an bayerischen Realschulen unterrichtete.

Politische Bildung in der katholischen Jugendarbeit

Eine Übersicht über die politische Bildungslandschaft auch außerhalb der katholischen Jugendverbände gibt es bei der Topografie der Praxis politischer Bildung der „Fachstelle politische Bildung“ unter www.transfer-politische-bildung.de



„Krisen sind Nährboden für Verschwörungsideologien“

Melanie Hermann von der Amadeu Antonio Stiftung über Hintergründe und Gefahr von aktuellen Verschwörungserzählungen



MELANIE HERMANN (JAHRGANG 1984)

ist Referentin im Projekt „No World Order“ der Amadeu Antonio Stiftung in Berlin. Sie hat in Hamburg Ethnologie und Geschichte studiert und arbeitet seit 2017 bei der Stiftung. Vorherige berufliche Station waren beim Jüdischen Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus (JFDA), in einem Frauenhaus, einer Hotline gegen häusliche Gewalt und in der Kinder- und Jugendarbeit.

Melanie, du klärst hauptberuflich über Verschwörungsideologien auf. Wie oft wirst du deswegen persönlich angefeindet?

Ganz persönlich stehe ich relativ selten im Fokus – darüber bin ich erstaunt und erleichtert zugleich. Das liegt sicher auch daran, dass ich keine Social-Media-Profile mit Klarnamen habe und gerade zu Beginn meiner Tätigkeit auch sehr zurückhaltend mit Fotos war. Offenbar bin ich dadurch nicht so greifbar, das Haten macht keinen Spaß, die Befriedigung fehlt.

Einige meiner Kolleg*innen hingegen stehen teilweise sehr stark im Kreuzfeuer. Die Vorsitzende unserer Stiftung wird beispielsweise mit einer schlimmen Mischung aus Antifeminismus, Antisemitismus und Antikommunismus konfrontiert. Ich weiß nicht, wie ich damit umgehen würde – zum Glück ist sie eine sehr starke Person.

Bekommst du Unterstützung aus deinem Team?

Ja. Wir fühlen uns emotional-psychisch ganz gut aufgestellt und geschützt. Tipps und Strategien für den Umgang mit Hassrede bekommen wir zum Beispiel über unser Projekt Civic.net. Und gleichzeitig finde ich es

auch wichtig, Gesicht zu zeigen. Deshalb äußere ich mich durchaus im Netz, zum Beispiel in Livestreams. Das ist für mich auch ein Zeichen der Solidarität mit anderen engagierten Menschen. Zumal Frauen deutlich häufiger angegriffen werden als Männer. Ich bin der Meinung: Je mehr wir alle öffentlich in Erscheinung treten, desto weniger trifft es die einzelne Frau.

Mit welcher Art von Verschwörungsideologien haben wir es derzeit zu tun?

Aktuell gibt es viele Einzelerzählungen, die sich um Corona drehen. Diese sind vergleichsweise harmlos. Sehr heikel in diesem Zusammenhang sind die Hygiene-Demos, in deren Umfeld sich weitaus gefährlichere Ideen wie die QAnon- und Adrenochrom-Erzählung auch in Deutschland verbreiten. Demnach lenke eine geheime Elite die Geschicke der Welt und betreibe ein Pädophilen-Netzwerk. Kinder würden entführt und gefoltert, um das Stoffwechselprodukt Adrenochrom zu gewinnen, das von diesen Eliten zur Bekämpfung des Alterungsprozesses verwendet werde. Diese Erzählungen laufen immer auf den Mythos einer vermeintlichen jüdischen Weltverschwörung hinaus. Es geht um Mord und Vernichtung – und dadurch, dass angeblich Kinder betroffen sind, die schwächsten der Gesellschaft, spricht diese Verschwörungsideologie viele Gesellschaftsschichten an, zum Beispiel auch Mütter. Auch der Halle-Attentäter beruft sich auf diese Theorie.

Darf man eigentlich über diese abstrusen Erzählungen lachen?

Ja, ich lache sehr oft darüber. Lachen und Satire sind ja auch eine Form der Verarbeitung. Satire ist leider nicht hilfreich gegen Verschwörungsideolog*innen, dafür aber für meine Psychohygiene (lacht).

Und die Storys mögen absurd witzig sein, aber jede Erzählung hat das Potenzial, gefährlich zu werden. Je stärker der Ideologie

ein geschlossenes Weltbild zugrunde liegt, desto stärker wird der Drang, Taten folgen zu lassen – also zum Beispiel die gefolterten Kinder mittels Waffengewalt zu befreien. Es wird suggeriert, dass die ganze Welt in einen Kampf zwischen Gut und Böse verwickelt sei. Wenn ich davon ausgehe, dass es böse Wesen gibt, ist die einzige Lösung deren Vernichtung. Sonst werde ich selbst vernichtet. Für diese Rhetorik der Verteidigung ist der Nationalsozialismus das wohl eindrücklichste Beispiel.

Der Großteil der Thesen stammt aus dem rechtsextremen Milieu. Die Behauptung, dass Deutschland keinen Friedensvertrag mit den Alliierten habe und nicht souverän sei, gehört zum guten Ton vieler Verschwörungserzählungen. Diese Reichsbürger-These wurde auch bei den Corona- und „Querdenken“-Demos stark aufgenommen. Sehr eindrücklich in Erinnerung geblieben ist mir eine Frau, die bei einer Demo in eine Kamera sprach: „Ich weiß gar nicht, was hier alle haben. Wir wollen hier doch nur friedlich das System stürzen“. Das müssen wir gut beobachten, vielleicht entwickelt sich hier eine ganz neue Bewegung.

Wie kann es zu solchen Parallelwelten überhaupt kommen?

Krisenhafte Zeiten bieten immer einen Nährboden für Verschwörungsideologien. Gewisse Gruppen berufen sich auf ihren Opferstatus und ermächtigen sich selbst. Gegen das Virus kann man nicht so leicht kämpfen, das ist abstrakt und bedrohlich. Aber die Tatsache, dass du keinen Job hast, dagegen kannst du kämpfen und einen Schuldigen suchen.

Wir müssen akzeptieren, dass das Gesagte und Erlebte sich oft widerspricht. Zum Beispiel wird oft gesagt, jede*r könne der Arbeitslosigkeit entkommen, wenn er sich nur richtig anstrengt. Das erleben viele Betroffene schlicht anders. Für viele Menschen

Inter-
view



heutzutage ist es schwer, diese Ambiguitäten auszuhalten. Da liegt es doch nahe, zu glauben, dass da irgendjemand im Hintergrund die Strippen zieht.



Schenken wir diesen Gruppierungen und Erzählungen zu viel Aufmerksamkeit?

Darüber diskutiere ich mit meinen Kolleg*innen auch immer wieder. Man muss zum Beispiel gut überlegen, inwieweit man Verschwörungserzählungen wiederholt. Insbesondere in Social Media werden Inhalte häufig sehr verkürzt dargestellt – sodass man vielleicht ungewollt zur Verbreitung des Mythos beiträgt.



Das gilt auch für die handelnden Personen in der Szene. Es ist auf jeden Fall richtig, in der Presse nicht ihren vollen Namen zu nennen. Ebenso wenig sollten Medien umfassend die Motivation beispielsweise von rechtsextremen Straftätern beschreiben. Um ihnen nicht die Bühne zu bieten, die sie gern hätten. Insgesamt wünsche ich mir in der Berichterstattung mehr Sensibilität und Verantwortung – statt nur Klicks und Einschaltquoten im Blick zu haben.

Wie können wir als Gesellschaft diese Entwicklung stoppen?

Ein ganz praktischer kleiner Schritt wären mehr Ressourcen in den Redaktionen und eine bessere Moderation der Kommentarspalten. Und ganz grundsätzlich muss politische Bildungsarbeit in der Gesellschaft verankert und besser bezahlt werden, vor allem im außerschulischen Bereich. Aber auch Lehrkräfte brauchen mehr Handlungssicherheit, damit sie Probleme erkennen und ihren Schüler*innen Türen öffnen können für einen Erkenntnisprozess. Es braucht praktische Handreichungen, wie jede*r sich engagieren kann – auch für Menschen, die nicht aus dem akademischen Bereich kommen. Alle Menschen müssen bestärkt werden, sich aktiv mit Gesellschaft und ihrer Rolle in ihr auseinanderzusetzen.

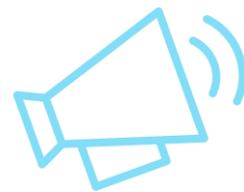
Hört sich nach einem langen Weg an.

Natürlich wünsche ich mir, dass unsere Arbeit in einigen Jahren überflüssig geworden ist. Es hängt jetzt viel davon ab, wie die Auswirkungen der Pandemie gesellschaftlich aufgefangen werden. Mut macht mir, dass viele junge Menschen sich einsetzen und sich nicht an der Nase herumführen lassen. Aktuell ist wirklich jede*r einzelne gefragt. Da passiert ja auch unglaublich viel, besonders begeistert bin ich zum Beispiel von der Initiative „Omas gegen rechts“. Die Ausrede „Mit Politik habe ich nichts am Hut“ kann momentan wirklich nicht mehr gelten.

Das Projekt „No World Order – Handeln gegen Verschwörungsideologien und Antisemitismus“ klärt seit 2015 die Zivilgesellschaft über die Gefahren von Verschwörungsideologien auf und zeigt Gegenstrategien auf. Das Projekt richtet sich an Multiplikator*innen aus Politik, Bildung, Beratung und Forschung.

Mehr Infos: www.amadeu-antonio-stiftung.de

Das Interview führte Johanna Elsässer.



Bleibt ~~gesund~~ skeptisch!

Tipps für den Umgang mit Verschwörungserzählungen

↳ Verschwörungserzählungen liefern vermeintlich einfache Erklärungen für komplexe Probleme. Manche kommen als Theorien daher, halten aber einer wissenschaftlichen Überprüfung nicht stand. Manche kommen als Mythen daher und sprechen besonders religiös sensible Menschen an. Oft ist Antisemitismus im Spiel. Die Corona-Pandemie bietet neuen Nährboden für Verschwörungserzählungen. Wie immer, wenn es kompliziert wird, gibt es keine Rezepte gegen Verschwörungserzählungen und es kommt auf die konkrete Situation an. Ein paar Tipps sind dennoch möglich:

→ Eintreten für Vielfalt

Wenn Vielfalt und Demokratie in Frage gestellt werden, kann dies ebenfalls ein Hinweis auf einfache, aber autoritäre Lösungsvorschläge sein. Lasst uns einschreiten, wenn der Pluralismus als wichtige Grundlage der Demokratie in Frage gestellt wird. Rechte Gruppen haben mit der Vielfältigkeit der Geschlechter ein Problem und malen einen „Genderterror“ oder eine „Genderverschwörung“ als Bedrohung an die Wand. Die Benachteiligung und Diskriminierung von Frauen, Homosexuellen, Queers, Trans- und Interpersonen wird auch innerkirchlich zunehmend problematisiert. Lasst uns unsere Stimme erheben für die Freiheit und Entfaltung unterschiedlicher Lebensentwürfe, auch und gerade in der Kirche.

→ Skeptisch sein

Verschwörungsideologien wollen Sinn stiften und können auch für junge Menschen interessante Identitätsangebote enthalten. Zudem arbeiten Verschwörungserzählungen mit Schwarz-Weiß-Bildern, mit Gut und Böse und mit eindimensionalen Erklärungen. Seien wir skeptisch, wenn es vermeintlich nur eine Lösung oder eine Rettung gibt. Wer eine bestimmte Gruppe allein für ein großes weltweites Problem verantwortlich macht, kann nicht richtig liegen. Decken wir antisemitische Verschwörungserzählungen auf, legen wir die Verwendung rechts-extremer Begriffe auch in der Mitte der Gesellschaft („großer Austausch“) offen. Decken wir manipulative Kommunikation auf, indem wir auf Fakten und Informationen setzen.

→ Beraten lassen

Suchen wir selbst oder vermitteln wir anderen Unterstützung bei Kooperationspartner*innen, bei den mobilen Beratungsstellen gegen Rechtsextremismus, in den Materialien der Amadeu Antonio Stiftung, des IDA oder vieler anderer Träger im Themenfeld.

→ Junge Menschen stärken

Vermitteln wir jungen Menschen die Kompetenz zur Quellenkritik, damit sie auch in der Familie, im Freundeskreis oder in der Jugendgruppe Fake News etwas entgegensetzen können. Nutzen wir die Werthaltung des Verbands, um verschwörungsideologische und menschenfeindliche Äußerungen zu unterbinden – online wie offline.



ANSGAR DRÜCKER ist Geschäftsführer des bundesweit tätigen Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismusbearbeitung e.V. (IDA), in dem der BDKJ Mitglied ist. Er hat Wurzeln in der katholischen Jugendarbeit und hat dort sowohl Vielfalt als auch Grenzen von Vielfalt kennengelernt.

IDA ist das Dienstleistungszentrum der Jugendverbände für die Themenfelder Rassismuskritik, Rechtsextremismus, Migration und Diversität. Zuletzt sind zwei Reader zur rassismuskritischen Öffnung der Jugendverbandsarbeit erschienen.

Mehr Infos: www.idaev.de/publikationen

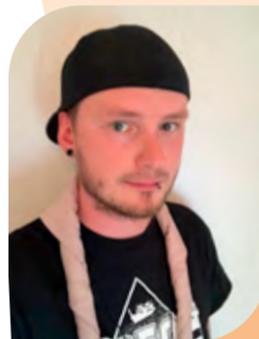
Lernerfahrungen

Wie junge Menschen politische Bildung in der katholischen Jugendverbandsarbeit erleben

PAULINE SIPPEL (23),
Auszubildende zur Diätassistentin, Diözesanleiterin bei der Katholischen Studierenden Jugend im Bistum Fulda



Für mich wurde Politik durch die katholische Jugendverbandsarbeit greifbarer und erlebbarer. Durch die EuropaAkademie der KSJ in Brüssel beispielsweise hatte ich die Möglichkeit, hautnah mit Politiker*innen zu sprechen. Zudem erfährt man auf unseren Konferenzen schon in jungen Jahren direkt, was zum Beispiel Demokratie wirklich bedeutet. Die theoretische Vermittlung von Grundsätzen und Prinzipien in der Schule ist sehr wichtig. Aber nichts prägt so intensiv, wie zum Beispiel auf einer Versammlung einen eigenen Antrag vorzustellen, zu diskutieren und schließlich abzustimmen.



TIM ERNST (27),
Student der Sozialen Arbeit, u. a. Mitglied im Referat Internationale Gerechtigkeit der Deutschen Pfadfinderschaft St. Georg (DPSG) im Diözesanverband Aachen

Politische Bildung spielt in meiner verbandlichen Arbeit speziell seit der DPSG-Jahresaktion 2015 „Gast->Freundschaft: Für Menschen auf der Flucht“ eine große Rolle. Hier wurde für mich das erste Mal deutlich, dass wir aus dem Verband heraus in die gesamte Gesellschaft hineinwirken können. Daraus folgte für mich: Lehramtsstudium hingeschmissen, in Unterkünften für Geflüchtete mit angepackt und schließlich den Weg zur Sozialen Arbeit gefunden, in der ich im kommenden Jahr meinen Master mit dem Schwerpunkt Bildung und Teilhabe abschließen werde.

KATHARINA SCHWIER (23),
Jugendreferentin in der Seelsorgeeinheit Herbolzheim-Rheinhausen bei Freiburg, Mitglied im Arbeitskreis Klima der Katholischen Landjugendbewegung (KLJB) im Erzbistum Freiburg



Bei der KLJB habe ich gelernt, logische Argumente zu finden und einen Standpunkt zu vertreten. Das finde ich wichtig und ich wünsche allen Menschen die Chance, das zu lernen. Bei der KLJB sind wir gewohnt, mit anderen Menschen zu reden, Probleme zu erkennen, versuchen sie zu lösen und danach trotzdem noch ein Bier zusammen trinken zu können. Sich gegenseitig mit Respekt und Offenheit zu begegnen, gehört hier einfach dazu.



Bundestag hautnah

Mit der Kolpingjugend eine Woche im Herzen der Demokratie

Ob in der Gemeinde, auf Landesebene oder im Bund: Politik erscheint auf den ersten Blick häufig kompliziert, langweilig und manchmal sogar abschreckend. Die Kolpingjugend hat sich zum Ziel gesetzt, diesem Eindruck entgegenzuwirken. So organisiert sie jedes Jahr unter dem Motto „Politik direkt“ die Jugendpolitische Praxiswoche (JPPW). Bei der JPPW erhalten junge Erwachsene die Gelegenheit, eine Woche lang das politische Berlin hautnah zu erleben. Im Mittelpunkt steht die Hospitanz in den Büros der Bundestagsabgeordneten. Eine Woche lang werden sie als Praktikant*innen in die Arbeit eingebunden, begleiten ihre Abgeordneten zu Ausschusssitzungen und dürfen die Debatten im Plenum des Bundestags verfolgen. Auf diesem Weg lernen sie den Arbeitsalltag im höchsten deutschen Parlament kennen und bauen quasi automatisch Berührungspunkte mit der „großen“ Politik ab.

Um den Teilnehmenden einen möglichst breiten und exklusiven Einblick zu eröffnen, stehen neben der Hospitanz im Bundestag Besuche in Bundesministerien und Interessenvertretungen auf dem Programm. Wichtiger Bestandteil ist aber auch der Austausch mit politischen Verantwortungsträger*innen – von „einfachen“ Abgeordneten bis hin zu „Promis“ wie Angela Merkel und Jens Spahn, die sich bei der letzten JPPW Zeit für einen Austausch nahmen.

Direkte Begegnungen und Gespräche sind der beste Weg, um Vorurteile abzubauen und für politisches Engagement zu begeistern. Mit diesem Ziel startete die JPPW vor 20 Jahren und kann inzwischen auf mehr als 300 Teilnehmende zurückblicken. Einige von ihnen haben ähnliche Projekte in ihren Kolping-Landesverbänden auf den Weg gebracht oder sind inzwischen sogar politisch aktiv. Für viele ist die Woche aber einfach nur eine tolle Erfahrung, die sie in ihren Heimatort mitnehmen und über die sie mit Freund*innen, Mitschüler*innen und Kommiliton*innen sprechen. Auch das ist ein wichtiger Beitrag, um junge Menschen für politische Themen zu sensibilisieren. Und vielleicht sogar für Politik zu begeistern.

ALEXANDER SUCHOMSKY war von Juli 2015 bis Juni 2020 Jugendpolitischer Bildungsreferent der Kolpingjugend Deutschland.

Werkstatt der Demokratie

Eine Arbeitsgruppe der DPSG bringt das Selbstverständnis der politischen Bildungsarbeit im Verband auf den Punkt

✔ Pfadfinden ist politisch – wir mischen uns ein! Das ist nichts Neues und wurde 2017 mit einem Beschluss auf der 83. Bundesversammlung wieder in den Vordergrund gerückt. Dieses Statement und die damit verbundenen politischen Forderungen sollten aber nicht allein stehen. Es sollte in ein Gesamtkonzept zu politischer Bildung eingebettet werden. Damit wurde der Grundstein für unsere AG Politische Bildung gelegt, die dann im Herbst 2018 ihre Arbeit aufgenommen hat.

In der DPSG findet auf vielfältige Art und Weise politisches Handeln und somit auch politische Bildung statt. Ein Ziel unserer Arbeitsgruppe ist, dass Leiter*innen sowie Multiplikator*innen in unserem Verband wissen, dass sie politische Bildungsarbeit machen, dies benennen und bewusst gestalten können. Mit dem 2019 beschlossenen Konzept „Politische Bildung in der DPSG“ haben wir unsere erste Aufgabe bereits erfüllt und Wege aufgezeigt, wie ein entsprechendes Bewusstsein geschaffen werden kann und wie wir politische Bildung umsetzen: Politische Bildungsprozesse laufen in der DPSG gemäß dem pfadfinderischen Prinzip Learning by doing ab. Das heißt, dass junge Menschen Gelerntes in die Tat umsetzen und anschließend ihr Handeln reflektieren. In der Arbeit mit den Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen sind unsere Leiter*innen die wesentlichen Akteur*innen, da sie die entsprechenden Erfahrungsräume eröffnen und gestalten. Aus diesem Grund widmen wir uns aktuell dieser Zielgruppe. Durch Informationen und Methoden wollen wir unseren Leiter*innen Handlungssicherheit geben. Ganz konkret arbeiten wir hierfür im Moment an einem Kurzfilm und an einem Methodenfächer. Politische Bildung soll als selbstverständlicher Teil im Verband wahrgenommen werden und Bildungsprozesse entsprechend gestaltet werden – dafür machen wir uns als AG Politische Bildung stark.

ANN-KATHRIN LEIDE ist Mitglied der AG Politische Bildung im Bundesverband der Deutschen Pfadfinderschaft St. Georg (DPSG).
Mehr Infos: <http://s.dpsg.de/konzeptpolitischebildung>



Was geht mich Europa an?

EuropaAkademie der Katholischen Studierenden Jugend (KSJ) führt junge Menschen nach Brüssel

✔ In Zeiten des Brexits, des wachsenden Nationalismus und der Staatsverschuldung, in Zeiten von Corona und europaweiter Demos ist „Europa“ eigentlich in aller Munde. Aber wer denkt denn schon beim Atmen, bei der Arbeit oder Einkauf an die EU? Dabei begegnen wir ihr im Alltag sehr häufig, auch wenn es uns kaum bewusst ist. Auch sind die Wirk- und Aufgabenfelder der EU nicht leicht zu verstehen und ihre Stärken gehen vor lauter Uneinigkeit, Bürokratie und diversen Wirtschaftsinteressen oft unter.

Deswegen führt die Katholische Studierende Jugend (KSJ) mit dem DeZentrale e.V. seit über 15 Jahren die EuropaAkademie durch. Um ihnen das politische System der EU nahezu bringen, in den Austausch mit Politiker*innen zu treten und europäische Hauptstadt-Luft zu schnuppern, fahren wir jährlich mit rund 20 jungen Menschen nach Brüssel.

Vom Planspiel über Besuche der EU-Institutionen, von Diskussionen mit Parlamentarier*innen über Gespräche mit Angestellten, Journalist*innen, Lobbyist*innen und Aktivist*innen: In sechs Tagen versuchen wir das jeweilige Schwerpunktthema in einem möglichst weiten Spektrum zu beleuchten und die EU-Bubble facettenreich kennenzulernen. Eine Stadtführung und ein buntes Abendprogramm runden die Tage ab.

Mit den EuropaAkademien tragen wir konkret dazu bei, in der EU soziales Handeln zu stärken und dem Nationalismus Einhalt zu gebieten. Die Langlebigkeit unseres Formats zeigt das kontinuierliche Interesse junger Menschen an der EU und auch die Nachhaltigkeit der Akademien: Viele Teilnehmer*innen fahren nämlich nicht nur einmal mit.

MEIKE MÜLLER ist Referentin für politische Bildung beim DeZentrale e.V..
Mehr Infos: www.dezentrale-ev.de





Konkrete Bezüge zur Lebenswelt

Politische Bildung in der katholischen Jugendsozialarbeit

Der klassische Ort, an dem jugendliche Selbstorganisation und politisches Lernen zusammentreffen, ist die Jugendverbandsarbeit. Jugendliche in prekären Lebenslagen, die Benachteiligung im Bildungssystem und in der Gesellschaft erfahren, sind hingegen in der Regel nicht organisiert, und die Praxiserfahrungen zeigen, dass auch hoch motivierte politische Bildner*innen größte Schwierigkeiten haben können, diese „bildungsbenachteiligte“ Zielgruppe überhaupt zu erreichen.

Nur durch die Erfahrung echter Partizipation kann Jugendsozialarbeit zur Teilhabe dieser jungen Menschen beitragen. Die Befunde aus der Praxis zeigen, dass es entscheidend ist, dass Methoden dem Alter, den Erfahrungen und den Kenntnissen der Jugendlichen entsprechen und an deren Lebenswelt attraktiv anknüpfen. Jugendliche werden besonders durch Methoden und Formate angesprochen, die aufgrund der Beteiligungsmöglichkeiten, der Handlungsorientierung und dem Verzicht auf Leistungsbeurteilung im Kontrast zum schulischen Alltag stehen. Dieser Unterschied kann sich auch bei den Lernorten, der zeitlichen Gestaltung sowie dem geringeren hierarchischen Gefälle in der Beziehung zwischen den Fachkräften und Jugendlichen zeigen. Aus Sicht der Jugendsozialarbeit gehören Lernen und das (Er-)Leben von Demokratie zusammen. Dazu zählen die Chance zur demokratischen Selbstorganisation und die Möglichkeit, Peergroups zu eigenen Anliegen zu bilden. Dies kann nur in enger Kooperation mit Angeboten der offenen und verbandlichen Jugendarbeit, der Streetwork und der politischen Jugendbildung gelingen.

Beim Programm „Respekt Coaches“ der Jugendmigrationsdienste kooperieren Jugendsozialarbeit und politische Bildung. Finanziert durch das Bundesjugendministerium (BMFSFJ) gestalten Fachkräfte Gruppenangebote an Schulen. Der Fokus liegt auf der Primärprävention von islamistischem Extremismus, aber auch von Rechtsextremismus – und zunehmend geht es um Verschwörungsideologien. Die Katholische Jugendsozialarbeit ist eine der vier Trägergruppen.

TOM URIG ist seit November 2020 Geschäftsführer der Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit (BAG KJS).
Mehr Infos: www.bagkjs.de

Politische Bildung für Soldat*innen



Seminare der aktion kaserne gegen Populismus

Wir können uns manchmal kaum retten vor populistischem Gedankengut und Verschwörungsideologien. Und bei Weitem nicht jeder junge Mensch ist geübt darin, diese zu hinterfragen oder zu widerlegen. Deshalb stellte die BDKJ-Initiative aktion kaserne ihre Soldat*innen-seminare in den Jahren 2020/2021 unter das Motto „Das wird man doch mal sagen dürfen?! Meinungsfreiheit und ihre Grenzen“.

Die aktion kaserne ist eine Initiative der Jugendverbände im BDKJ. Wir bieten jungen Soldat*innen Seminare und Angebote in Bereichen an, die im BDKJ wichtig sind: Engagement in 72-Stunden-Aktionen, Weiterbildungen zum Thema Partizipation in den Streitkräften oder eben die Seminare zur politischen Bildung. Viele der jungen Soldat*innen gehen auf unseren Seminaren ihre ersten größeren Schritte zum bewussten politischen Reflektieren und Handeln. Es sind oft nicht die Menschen, die sich von klein auf für Jugendpolitik interessieren oder sich darin engagieren. Wir müssen sie also da abholen, wo sie stehen, und ihnen zeigen, dass Politik interessant, wichtig, spannend und wirksam sein kann – und dass es sich lohnt, zukünftig am Ball zu bleiben.

Wir nutzen dabei die Methoden aus der Jugendarbeit – die Teilnehmendenzentrierung ist bei der Inhaltsgestaltung und Methodenwahl extrem wichtig. Darüber hinaus bekommen die Teilnehmenden wenig präsentiert, sondern sie müssen selbst aktiv werden, Inhalte erarbeiten, präsentieren, ausdiskutieren, bewerten, eine eigene Haltung entwickeln. Es geht also auch ganz bewusst um das Einüben politischer Diskussionskultur.

Eine Methode, die für den Ansatz bezeichnend ist, nennt sich „Stammtischparolen zerlegen“. Dazu muss die eine Gruppe verschiedene Verschwörungsideologien analysieren und versuchen diese zu vertreten – während die andere Gruppe die Aufgabe hat, diesen Theorien entgegenzutreten. Den restlichen Teilnehmenden („der Stammtisch“) kommt die Aufgabe zu, die Diskussion zu analysieren und den beiden Gruppen Rückmeldungen zu geben. Zum Einüben werden zunächst witzige und ungefährliche Theorien gewählt, wie zum Beispiel „Bielefeld gibt es nicht“. Danach geht es zu den schwierigeren und ernstern Parolen.

Wir hoffen, dass wir mit den Seminaren einen guten Baustein im gesellschaftlichen Kampf gegen den Populismus bieten. Von den Teilnehmenden werden die Seminare gerne angenommen und auch als sehr gut bewertet. Darüber hinaus bleiben viele interessiert und engagieren sich dann oft mehrere Jahre in unserem Bereich. Es freut uns, dass unsere Arbeit auch bei einer Zielgruppe wirkt, die normalerweise wenig von der Jugendverbandsarbeit erreicht wird.

STEFAN DENGEL ist Referent für Soldat*innenfragen an der BDKJ-Bundesstelle.



Eigene Vision von Heimat

Warum die Schützenjugend sich nicht von Gruppierungen wie der AfD instrumentalisieren lässt



SIMONE SEIDENBERG ist Bundesjugendreferentin beim Bund der St. Sebastianus Schützenjugend (BdSJ). Bei der politischen Bildung ist ihr besonders wichtig, Informationen für alle zugänglich zu machen und immer wieder neu für Möglichkeiten des Austauschs und der Diskussion zu sorgen.

Lesetipp:
Arbeitshilfe zum Thema „Schützen gegen Rechts“:
www.bdsj.de/projekte_aktionen/aktiongegenrechts

Der Leitsatz der St. Sebastianus Schützenjugend lautet: „Für Glaube, Sitte und Heimat“. In unserer Heimat setzen wir uns für das Gemeinwohl ein, zum Beispiel durch aktive Nachbarschaftshilfe. Wir wünschen uns eine bunte und vielfältige Gemeinschaft, die unsere Heimat immer wieder neu mit Leben füllt.

Schon lange begleitet uns das Thema „Schützen gegen Rechts“. Aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen und Wahlergebnisse zeigen uns, dass wir mit unserem Engagement nicht nachlassen dürfen, es sogar weiter intensivieren müssen. Dieser Hintergrund führte zu der Frage, wo und wie wir unser Engagement wirkungsvoll platzieren können. Unser Ziel ist eine freie, offene und vielfältige Gesellschaft, in der ein friedliches Miteinander gepflegt wird. Deswegen lehnen wir es strikt ab, dass unser Heimatbegriff durch Gruppierungen wie zum Beispiel der AfD umgedeutet und instrumentalisiert wird und sich die AfD so darstellen kann, als würde sie unsere Interessen vertreten. Die Deutungshoheit für den Heimatbegriff wollen wir nicht anderen überlassen, sondern unsere Vision von Heimat immer wieder neu mit Leben füllen.

Auf der Hauptversammlung 2020 haben Vertreter*innen des BDKJ einstimmig ein Positionspapier von 2016 bekräftigt und aktualisiert. In diesem Papier widersprechen wir als katholische Jugendverbände jeglichem ausgrenzenden und menschenfeindlichen Begriff von Heimat und sagen zum Beispiel auch, dass eine Mitgliedschaft in der AfD oder in der Jungen Alternative eine Mitgliedschaft in einem BDKJ-Jugendverband ausschließt. Unsere Sitten und Traditionen bilden unsere Ideale und Werte ab – wie zum Beispiel Engagement für Demokratie und der Schutz der Menschenwürde. Sie beruhen auf Nächstenliebe. Und zu der gibt es keine nationalistische und rassistische Umdeutung.



Drei Fragen an ...



THOMAS KRÜGER ist seit 2000 Präsident der Bundeszentrale für politischen Bildung. Seit 1995 ist er Präsident des Deutschen Kinderhilfswerks.

... den Präsidenten der Bundeszentrale für politische Bildung

WAS SIND DERZEIT DIE GRÖSSTEN HERAUSFORDERUNGEN FÜR DIE POLITISCHE BILDUNG IN DEUTSCHLAND?

Wir sind derzeit mit einer Vielzahl populistischer Stimmen und politisch motivierter Gewalt konfrontiert. Zudem hat die Corona-Krise Nährboden für Verschwörungsideologien und Desinformation geschaffen. In Echokammern der sozialen Medien wird die eigene Meinung bestätigt, andere Perspektiven werden verborgen, was zu Radikalisierung im Netz führen kann. Herausforderung für die politische Bildung ist es, in einer solchen fragmentierten Gesellschaft trotzdem alle Bürger*innen miteinzubeziehen, um unterschiedliche Perspektiven aufzuzeigen und Meinungsbildung zu unterstützen.

WIE SÄHE UNSERE DEMOKRATIE OHNE POLITISCHE BILDUNG AUS?

Für eine wehrhafte Demokratie braucht es politische Bildung – sie befähigt Bürger*innen, sich aktiv am gesellschaftlichen Diskurs zu beteiligen, indem das Verständnis für politische Sachverhalte gefördert und das demokratische Bewusstsein gefestigt wird. Gerade in Zeiten von Fake News und Verschwörungsideologien ist politische Bildung eine zentrale Säule unserer Demokratie. Es ist wichtiger denn je, sich als Bürger*in lautstark zu unseren demokratischen Grundwerten zu bekennen, denn Demokratie ist angewiesen auf den Rückhalt in ihrer Gesellschaft.

WARUM SIND JUGENDVERBÄNDE FÜR DIE POLITISCHE BILDUNG UNBEZAHLBAR?

Die junge Generation ist die Zukunft unserer Demokratie – umso wichtiger ist es, politische Partizipation und zivilgesellschaftliches Engagement schon früh zu fördern. Die Schule spielt dabei eine wichtige Rolle, ersetzt aber nicht das proaktive Engagement in Jugendverbänden, -vereinen oder sozialen Bewegungen. Es freut mich zu sehen, dass die Jugend in den letzten Jahren zu einer treibenden politischen Kraft geworden ist und zum Beispiel für ihre Forderungen im Bereich der Klimapolitik einsteht. Durch große Jugendorganisationen können sich Jugendliche das Gehör verschaffen, welches ihnen zusteht.



Hate Speech strafrechtlich verfolgen

Demokratischen Diskurs im Netz schützen

Wir leben in einer Demokratie. Und das heißt, dass wir in der glücklichen Lage sind, unsere Lebensrealität aktiv mitzugestalten. Das heißt aber auch, dass wir eine Verantwortung tragen, wir müssen mitmachen, mitreden. Demokratie lebt vom Diskurs. Das Internet bietet dazu viele und neue Möglichkeiten. 2013 wurde Angela Merkel noch dafür belächelt, dass sie das Internet als Neuland bezeichnet hat. Aber im Rückblick muss man sagen, dass sie gar nicht so Unrecht hatte. Denn natürlich ist das Internet für uns heute völlig selbstverständlich und für jemanden, der nach 2000 geboren wurde, ist eine Welt ohne Internet fremd. Für uns als Gesellschaft sind jedoch viele Formen der Kommunikation im Internet neu. Der Austausch von Nachrichten findet schneller statt, unmittelbarer, sie sind kürzer, lauter, bunter – und zum Teil leider jenseits dessen, was juristisch zulässig ist.

REDAKTIONEN IN SCHOCKSTARRE

Neben vielen Errungenschaften des Netzes gibt es eben auch Dinge, die uns vor Herausforderungen stellen. Wir wünschen uns einen demokratischen Diskurs. Doch was viel zu häufig zu beobachten ist, sind Volksverhetzung und Verletzungen der Menschenwürde als scheinbar selbstverständliche Inhalte in Kommentarspalten. Ganze Redaktionen befanden sich in den letzten Jahren zeitweise in Schockstarre angesichts der Reaktionen, die sie übers Internet beispielsweise zu Themen rund um den richtigen Umgang mit Geflüchteten erreicht haben. Viele Menschen haben sich daraufhin online nicht mehr geäußert. Themenplanung wurde von der Personalstärke des Social Media-Teams abhängig gemacht und manche Inhalte wurden ganz gemieden. Das ist keine Grundlage für demokratischen Diskurs, sondern die Einschränkung von Freiheit – sowohl der Medien als auch ihrer Nutzer.

Wer sich gegen Hassrede im Netz einsetzt, wird jedoch häufig mit dem Vorwurf konfrontiert, Meinungsfreiheit einzuschränken. Das ist ein Missverständnis. Der Kampf gegen Hass im Netz ist nicht der Versuch, einzelne Meinungen zu unterbinden. Es geht darum, Recht Geltung zu verschaffen und so Freiheit zu sichern. Die oben genannten Beispiele machen deutlich, dass Hass im Netz – verbreitet von wenigen lauten Hatern – zum Verstummen vieler anderer Stimmen führen kann und Diskurs verhindert. Und den demokratischen Diskurs auf Basis unserer Gesetze zu schützen, darum geht es.

„VERFOLGEN STATT NUR LÖSCHEN“

Deswegen hat sich 2017 die Initiative „Verfolgen statt nur Löschen“ gegründet. Darin arbeiten Justiz, Medienhäuser und Medienregulierung in NRW zusammen. Ihr Ziel ist es, strafrechtlich relevante Hasskommentare im Internet nicht nur von Social Media-Plattformen löschen zu lassen, sondern die Verfasser strafrechtlich zu verfolgen. Mit diesem Projekt wird dem Hass im Netz mit den etablierten Mitteln des Rechtsstaats begegnet, denn eines muss klar sein: Das Netz ist kein rechtsfreier Raum. Volksverhetzung und die Verbreitung verfassungsfeindlicher Kennzeichen sind nicht einfach nur geschmacklos, sondern schlicht verboten. Und das dürfen und müssen auch diejenigen erfahren, die sie verbreiten. Bis heute hat die Initiative so über 770 Fälle von strafbarer Hassrede im Netz zur Anzeige gebracht und in über 450 Fällen Ermittlungsverfahren eingeleitet. So leistet die Initiative einen Beitrag dazu, demokratischen Diskurs im Netz zu schützen. Als Medienregulierung sind wir dem Schutz der Meinungsfreiheit verpflichtet. Diese Initiative ist ein gutes Beispiel dafür, wie das gelingen kann.



DR. TOBIAS SCHMID ist Direktor der Landesanstalt für Medien NRW. Er setzt sich dafür ein, strafrechtlich relevante Posts im Internet juristisch zu verfolgen – denn das Netz ist kein rechtsfreier Raum.

Mehr Infos: www.medienanstalt-nrw.de/themen/hass



Eine unabhängige Sachverständigenkommission hat untersucht, wie junge Menschen für demokratische Teilhabe gewonnen und befähigt werden können. Christian Weis die dritte Person von links.

Steigende Herausforderungen für Demokratie und politische Bildung

Der 16. Kinder- und Jugendbericht zum Thema „Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter“ ist über 600 Seiten lang. Christian Weis war Mitglied der Sachverständigenkommission des 16. Kinder- und Jugendberichts und fasst das Wichtigste aus Sicht der Jugendarbeit zusammen.

Politische oder demokratische Bildung im Sinne der Sachverständigenkommission für den 16. Kinder- und Jugendbericht findet im Alltag junger Menschen statt. Politische Erfahrungen machen sie vor allem in konkreten Lebenssituationen, bei spezifischen Problemen und in realen Konflikten. Folglich lassen sich die politischen Bildungsprozesse junger Menschen sowie die Angebote der politischen (Jugend-)Bildung und die

Rahmenbedingungen, unter denen sie gemacht werden, nicht losgelöst von gesellschaftlichen Entwicklungen betrachten.

RECHT AUF POLITISCHE BILDUNG

Auf dieser Basis kommt die Kommission zu einer Reihe von grundsätzlichen Einschätzungen und Handlungsempfehlungen. Aus Sicht der Jugendverbände sind beispielhaft

zu nennen: Politische Bildung ist keine „gesellschaftspolitische Feuerwehr“. Junge Menschen haben ein Recht auf politische Bildung als ein auf Dauer angelegtes Angebot. Eine der wesentlichen rechtlichen Grundlagen für politische Bildung sieht die Kommission in den Kinderrechten und fordert, diese im Grundgesetz zu verankern. Sie sieht Politik in der Pflicht, zivilgesellschaftliche Organisationen in ihrer Pluralität zu fördern, statt sie zu behindern, und stellt klar, dass politische Bildung nicht „neutral“ ist. Sie fordert die politisch Verantwortlichen auf, sich deutlich dazu zu bekennen, dass eine auf Demokratie und Menschenrechte gründende politische Bildung unverzichtbar ist.

MEHR STRUKTURELLE FÖRDERUNG

Aus Sicht der Kommission ist politische Bildung zwar mehr als Partizipation, lebt aber von echten Partizipationserfahrungen. Daher fordert die Kommission die Senkung des Wahlalters auf 16 und den Ausbau von Beteiligungsmöglichkeiten. Auch widmet sie der Jugendarbeit und den Jugendverbänden eines der umfangreichsten Kapitel. Darin stellt sie fest, dass die Ansprüche an die Jugendarbeit in den letzten Jahren stark gestiegen sind und verweist dabei auf die Herausforderungen in unserer demokratischen Gesellschaft. Aktuell gehören dazu auch die Folgen der Corona-Pandemie und was durch dies sichtbar(-er) geworden ist, zum Beispiel die (finanzielle) Fragilität der Strukturen der Jugendarbeit und ihre Marginalisierung in Krisenzeiten. Aus Sicht der Kommission tragen Bund, Länder und Kommunen gemeinsam die Verantwortung für die Jugendarbeit und damit für die außerschulische politische Jugendbildung. Sie müssen die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen. Jugendgruppen, Initiativen und Verbände sind dabei wieder verstärkt in ihrer Rolle und Eigenschaft als Selbstorganisationen junger Menschen strukturell zu fördern und zu unterstützen.

MEHR FACHDISKURS UND REFLEXION

Die Kommission bemerkt allerdings auch kritisch, dass zwar in allen Arbeitsfeldern der Jugendarbeit politische Bildung passiert, ein fachlicher Austausch darüber zwischen diesen kaum stattfindet und insbesondere, dass politische Jugendbildung im Fachdiskurs der politischen Bildung kaum eine Rolle spielt. Sie empfiehlt, zukünftig stärker voneinander Kenntnis zu nehmen und sich aufeinander zu beziehen, um letztendlich die politische Bildung in allen Arbeitsfeldern weiterzuentwickeln.

Bei den Jugendverbänden sieht die Kommission Nachholbedarfe darin, dass dort zwar viele Erfahrungen in demokratischen Prozessen gemacht werden, zum Beispiel durch die Gremienarbeit und Interessenvertretung, aber diese Erfahrungen durch Reflexion und Einbettung ergänzt werden müssen, um die damit verbundene Bildungsprozesse zu verstärken. Trotz der großen Heterogenität der Jugendverbände empfiehlt sie ihnen auch, so etwas wie Standards politischer Bildung zu entwickeln.

Wesentliche Teile dieses Textes entstammen der Zusammenfassung des 16. Kinder- und Jugendberichts.



CHRISTIAN WEIS ist Leiter des Grundlagenreferats des Deutschen Bundesjugendrings (DBJR). Seine ersten politischen Bildungserfahrungen sammelte er in der Evangelischen Jugend in der ehemaligen DDR und danach beim Aufbau einer freien Jugendarbeit in seiner Heimat Thüringen.

Was ist der Kinder- und Jugendbericht?

Die Kinder- und Jugendberichte des Bundes heißen vollständig „Berichte über die Lage junger Menschen und die Bestrebungen und Leistungen der Jugendhilfe“. Sie sind in § 84 SGB VIII gesetzlich verankert und werden einmal pro Legislaturperiode von einer unabhängigen Sachverständigenkommission erstellt. Die Berichte haben in der Regel ein spezifisches Thema. Sie sollen neben Bestandsaufnahme und Analyse Vorschläge zur Weiterentwicklung der Jugendhilfe enthalten. Zusammen mit einer Stellungnahme der Bundesregierung werden die Berichte dem Bundestag und Bundesrat zugeleitet und dort beraten. www.bmfsfj.de/kinder-und-jugendbericht





Desinteressierten jungen Menschen auf der Spur

Warum politische Bildungsarbeit innerhalb und außerhalb des Unterrichts wichtig ist

Das Jahr 2020 war eine enorme Herausforderung für uns alle – natürlich auch in der Schule. Nicht zuletzt bedingt durch die häufige Änderung der Hygienevorschriften. Nach einem sehr entspannten Sommer und verhältnismäßig entspannten Wochen nach den Ferien gab es zum Beispiel nach den Herbstferien wieder neue Regeln: Alle Schüler*innen mussten nun wieder einen Mund-Nasen-Schutz tragen, auch im Unterricht. Eigentlich war ich froh darüber. Denn nun fühlte ich mich deutlich wohler, sicherer. Andererseits hörten aber nun auch die manchmal etwas anstrengenden Diskussionen um das Tragen der Masken auf. Wobei ich diese Diskussionen eigentlich auch gesucht hatte. Denn politische Bildung ist mir nicht nur in meinem Sozialwissenschafts- und Wirtschaft/Politik-Unterricht wichtig. Auch in meinem zweiten Fach, Englisch, halte ich diese Form der Bildung für eine ganz zentrale Aufgabe meiner Arbeit. Und so habe ich immer wieder die Konfrontation mit Maskenmuffeln gesucht und gemeinsam mit den Klassen und Kursen das Pro und Contra des Maskentragens abgewogen. Generell versuche ich auch in der Schule immer wieder non-formale (politische) Bildungsaspekte mit einfließen zu lassen. Denn schulische Bildung ist nicht alles, gerade in der heutigen Zeit mit Digitalisierung, Corona, Rechtsruck und vielem mehr.

SPASS AN AUSSERSCHULISCHER BILDUNGSARBEIT

Gerne denke ich an meine prägenden Auslandsaufenthalte zurück, ohne die ich wahrscheinlich nicht der geworden wäre, der ich geworden bin. Bewusst habe ich immer wieder versucht, mich möglichst vielen kulturellen Unterschieden zu stellen, um so in die jeweils andere Kultur einzutauchen, sie zu verstehen und an dieser Auseinandersetzung zu wachsen. Dies weiterzugeben und andere junge Menschen auf ihrem interkulturellen Abenteuer zu begleiten, war mir seit meinem Freiwilligendienst mit pax christi in Bosnien-Herzegowina sehr wichtig.

Seither engagiere ich mich in der außerschulischen Bildungsarbeit. Der Unterschied zwischen dieser non-formalen Bildung und meinem Unterricht am Gymnasium liegt vor allem darin, dass sich die Friedensarbeiter*innen auf Zeit natürlich freiwillig dazu entschlossen haben, sich interkulturell und politisch weiterzubilden. Keine*r hat sie dazu gezwungen, morgens um sieben Uhr aufzustehen, um sich eine Stunde später mit den ersten Seminarinhalten auseinanderzusetzen. Politische Bildungsarbeit in so einer lernwilligen Gruppe bereitet zwangsläufig Spaß. Und durch die Begleitung der Jugendlichen lerne auch ich ständig weiter.

MASKENMUFFEL ÜBERZEUGEN

Doch auch, wenn sich in der Schule natürlich ein ganz anderes Bild ergibt – immer wieder müde oder lustlose Schüler*innen, und nur vereinzelt ist ein wirkliches Interesse wahrzunehmen – macht auch hier die politische Bildungsarbeit großen Spaß. Denn genau diese Herausforderung, diese bis dato desinteressierten Schüler*innen von politischer Bildung zu begeistern, kann sehr aufregend sein. Denn gerade Maskenmuffel durch klasseninterne Diskussionen von ihrer Verantwortung gegenüber der Gesellschaft zu überzeugen, birgt für mich den Reiz des Lehrer*innen-Daseins. Und wenn im Endeffekt ein oder zwei Schüler*innen verstanden haben, dass sie eine Verantwortung nicht nur für sich selbst haben und sich dieser Verantwortung annehmen, dann bin ich schon sehr zufrieden.

Interkulturelle Bildung, mit dem Ziel die Schüler*innen zu mündigen, differenziert denkenden jungen Erwachsenen zu formen, ist in der Schule natürlich nicht einfach zu vermitteln. Daher ist eins meiner Hauptziele, junge Lernende so sehr zu begeistern, dass sie sich irgendwann freiwillig politisch (weiter-)bilden. Und vielleicht arbeite ich dann ein weiteres Mal mit ihnen politisch und begleite sie auf ihrem Weg ins Ausland und lerne dann auch selbst noch von ihnen.



SEBASTIAN HEIDENTHAL (29) ist Lehrer an einem Gymnasium in Bad Münstereifel (NRW). Nach dem Abitur absolvierte er einen Freiwilligendienst über pax christi in einer Einrichtung für Kinder und junge Erwachsene mit Behinderung in Bosnien-Herzegowina. Seitdem begleitet er ehrenamtlich die neuen Freiwilligen-Jahrgänge und engagiert sich für gute Rahmenbedingungen der Freiwilligendienste.

Politische Sommerakademie

Globale Klimagerechtigkeit

6. bis 11. Juni 2021 in Berlin

Was ist globale Klimagerechtigkeit überhaupt? Welche Entscheidungen müssen in Deutschland und Europa getroffen werden, um die Klimakatastrophe zu bremsen? Wie können weltweit Menschen unterstützt werden, die bereits jetzt unter den Folgen des Klimawandels leiden? Und was kann jede*r Einzelne tun?

Diese und weitere Fragen werdet ihr eine Woche lang mit Mitgliedern des Bundestages, Vertreter*innen von NGOs sowie mit MISEREOR-Partnerorganisationen aus Südafrika diskutieren.

Wir brauchen eine ZUSAGE zu globaler Klimagerechtigkeit.

Jetzt anmelden unter
zusage@misereor.de